Die gängigsten Argumente pro und kontra Mindestlohn:

Kontra	Pro
 Mindestlöhne schränken die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen ein und behindern so den Aufschwung 	 In anderen Ländern, in denen ein Mindestlohn eingeführt wurde, gab es keine negativen Auswirkungen auf den Wirtschaftsaufschwung
 Die Einführung des Mindestlohns hat in Frankreich zur Arbeitslosigkeit, insbesondere bei Jugendlichen, beigetragen 	Lediglich die Schwarzarbeit ist durch Mindestlöhne gefährdet
 Mindestlohn soll nur der Aufrechterhaltung des Monopols der Deutschen Post dienen, wovon der Staat, der zu 30% am Unternehmen beteiligt ist, profitieren würde 	 Nach der Liberalisierung läuft die Deutsche Post Gefahr, durch die plötzliche Konkurrenz in finanzielle Notlage zu geraten, und Stellen abbauen zu müssen. In diesem Fall schützt der Mindestlohn Arbeitsplätze
 Mindestlöhne zerstören Arbeitsplätze, weil sie dem Unternehmen zu teuer sind. Sprich Unternehmen, die rentabel wären mit Löhnen, für die die Leute auch bereit wären zu arbeiten, sind nicht mehr rentabel mit dem Mindestlohn 	 Trotz voller Arbeitszeit verdienen viele Arbeitnehmer bei den Konkurrenten der Deutschen Post so wenig, dass sie auf Zuzahlungen nach Hartz IV angewiesen sind
 Löhne dürfen nicht über der Produktivität liegen, die durch die Arbeitskraft erbracht wird 	Lohndumping darf nicht das Geschäftskonzept sein
 Mit der Vereinbarung der Mindestlohnhöhe von 9.80 € hatte die Post AG nur eines zum Ziel: den Wettbewerb im Keim zu ersticken und 	 Durch Mindestlohn würden Arbeitnehmer aus schwachen sozialen Verhältnissen, wie Immigranten oder Jugendliche, nicht mehr ausgebeutet. Zuvor wurden diese im Niedriglohnbereich bevorzugt

die bereits bestehende Konkurrenz zu torpedieren

eingestellt, da sie eher bereit waren, für extrem niedrige Löhne zu arbeiten, was zu einer Verzerrung des Arbeitsmarktes führte

- Vor allem Geringqualifizierte wären
 Opfer des Mindestlohns, da dieser zum
 Abbau der Stellen im
 Niedriglohnbereich führen würde. Wo
 früher echte Briefzusteller angestellt
 wurden, wird jetzt auf Zeitungszusteller
 und Minijobs ausgewichen
- Während der letzten zehn Jahre ist der Niedriglohnbereich in Deutschland stetig gewachsen. Der erwartete positive Effekt auf die Beschäftigung blieb jedoch aus
- Durch das Eingreifen des Staates bei der Festlegung der Löhne, wird in die Tarifautonomie eingegriffen. Die Position der Gewerkschaften wird geschwächt, da die Arbeitnehmer weniger Anreiz haben, den Gewerkschaften beizutreten, was zum Verlust an Mitgliedern und damit an Einfluss führt
- "Da die Tarifvertragsparteien praktisch in den Branchen mit Lohndumping nicht präsent sind, kann auch das Tarifvertragssystem nicht richtig greifen. Deshalb ist ordnungspolitisch der Staat gefordert, der damit auch den Marktmachtmissbrauch von Unternehmen gegen sozial schwache Abhängige von Erwerbsarbeit untersagt." (Rudolf HICKEL in der Frankfurter Rundschau: "Mindestlöhne sind keine Jobkiller")
- Eine bessere Alternative ist der "Kombi-Lohn", bei dem der Staat zu z.B. 5 Euro noch 3 oder 4 Euro aufstockt
- Durch Kombilöhne geraten nur noch mehr Unternehmen in Versuchung die Löhne weiter zu senken und reguläre Beschäftigungsverhältnisse in subventionierte umzuwandeln. Eine flächendeckende und unbefristete Einführung des Kombilohns würde zu einer enormen Belastung der Staatskasse und somit des Steuerzahlers führen. Mindestlöhne dagegen würden die Sozialversicherungseinnahmen erhöhen